Fraktionssprecherin Margarete Kurfeß
Im Feldli 53 79541 Lörrach
Tel priv.: 07621 51833
E-Mail: margarete.kurfess@gmx.de

Fraktionssprecher Hubert Bernnat
Sodgasse 6
Tel priv.: 07621 88847
E-Mail: hubert.bernnat@web.de

An Herrn Oberbürgermeister Jörg Lutz
Frau Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdic
Rathaus Lörrach
Luisenstr. 16
79539 Lörrach

19.11.2020

Antrag „CO2 COMPASS“

Die Fraktion von Bündnis 90/die Grünen im Gemeinderat in Lörrach beantragt gemeinsam mit der SPD-Fraktion in Zählgemeinschaft mit Piraten/Die Linke, dass die Verwaltung der Stadt Lörrach alle Akteure der Stadt - Bürger*Innen, Unternehmen und kommunale Betriebe – aufruft und unterstützt, ihren CO_2-Fußabdruck zu bestimmen, an den Zielen des Pariser Klimaabkommens zu messen und entsprechend zu reduzieren, gemäß dem freiwilligen Teil des Klimaschutzprogramms *CO_2COMPASS*. Hierzu gehört konkret:

1. Die Stadt Lörrach bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens vom Dezember 2015 und wird beauftragt, ihr Ziel der Klimaneutralität in Kohärenz dazu zu aktualisieren und angemessene Maßnahmen im Rahmen eines neuen Klimaschutzkonzepts auszuarbeiten.
2. Die Stadt Lörrach soll im Rahmen des Mitmachplans Klima alle Haushalte und Unternehmen dazu aufrufen, ihre persönliche Klimabilanz zu erstellen und an den vom Pariser Klimaabkommen abgeleiteten Vorgaben – umgerechnet auf den Durchschnittswert der Bundesbürger*innen – zu messen, z. B. entsprechend den Berechnungen des Potsdam Instituts[1]. Die Stadt soll hierzu zusammen mit dem Runden Tisch Klima verschiedene kostenlose CO_2-Footprint-Rechner prüfen. Neben beispielsweise den Rechnern von WWF und Umweltbundesamt soll daher auch die CO_2COMPASS-App geprüft werden, die das exakte Erfassen des Gebäude-Energieverbrauchs, den Vergleich des persönlichen Fußabdrucks mit den Zielen der Stadt und dem Mittelwert aller Lörracher Teilnehmer*innen sowie die Visualisierung der gemeinsam erreichten Reduktion des CO_2-Fußabdrucks ermöglicht. Diese Möglichkeit, das durch die Lörracher Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichte Ergebnis gesamthaft darzustellen soll ein Kriterium des Auswahlprozesses für *einen* CO_2-Footprint-Rechner sein. Die Festlegung auf einen einzigen CO_2-Footprint-Rechner ist notwendig, damit es zwischen den Teilnehmern zu vergleichbaren Ergebnissen kommt, die sich überhaupt zusammengefasst darstellen lassen.

[1] Prof. Stefan Rahmstorf, Potsdam Institut, 2019 - https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/

3. Der ausgewählte CO_2-Footprint-Rechner soll durch Hinweise oder direkte Verlinkung auf der Homepage der Stadt oder auf Broschüren oder ähnlichem allen interessierten Bürger*innen und Unternehmen vorgeschlagen werden. In diesem Zusammenhang soll die Stadt öffentliche Klimaschutzaktionen ermöglichen, bei denen z. B. an der digitalen Infotafel vor der Touristeninformation gezeigt wird, wie der persönliche CO_2-Fußabdruck erstellt wird. Dies soll unter dem Vorbehalt geschehen, dass solche Aktionen im öffentlichen Raum in 2021 und gebenenfalls Folgejahren unter Einhaltung geltender Regeln zur Eindämmung des Sars-Cov2 Virus ("Covid-19") wieder möglich werden. Weiterhin soll die Stadt prüfen, wie die durch die Teilnehmenden insgesamt erreichten Reduktionen des CO_2-Fußabdrucks für die gesamte Stadtgesellschaft sichtbar visualisiert werden können.
4. Der Mitmachplan Klima soll ab Beginn 2021 gestärkt werden durch Angebote und Beteiligungsformate, die insbesondere bislang nicht klimaschutz-aktive Bürger*innen ansprechen und beim Umsetzen klimaschützender Maßnahmen unterstützen. Die Stadt soll hierzu Beteiligungskonzepte und –angebote prüfen und anbieten und insbesondere entsprechende Aktivitäten des Runden Tischs Klima, mit der dort vertretenen CO_2COMPASS Initiative, unterstützen. Diese auf längere Zeit angelegte Bürgerbeteiligung könnte im Rahmen des ISEK-Prozesses geschehen.
5. Wegen der Wichtigkeit und Komplexität des Themas und des Ziels einer möglichst breit getragenen Umsetzung ist dieser Antrag in den dafür vorgesehenen Gremien oder Beiräten vorzuberaten. Dies kann auch teilweise oder in Gänze in virtueller Sitzung geschehen, z. B. im Falle der Hinzuziehung des Klimabeirates im Rahmen einer Stellungnahme zum Antrag. Die Möglichkeit zur Diskussion des Antrages unter Hinzuziehung der dort vertretenen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger soll dadurch durch die Verwaltung ermöglicht werden. Eine rein auf schriftlicher Ebene erfolgende Stellungnahme des Klimabeirates kann dem Antrag nicht gerecht werden, da hierbei weder Austausch von Argumenten, noch Wettstreit der Ideen erfolgen kann. Wird eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag von den Mitgliedern des Klimabeirates eingeholt, so muss sie in geeigneter Weise synoptisch allen Mitgliedern des Klimabeirates zur Verfügung gestellt werden, rechtzeitig vor Einberufung einer gegebenenfalls virtuellen Sitzung dieses Beirates, damit eine Vorbereitung auf die Diskussion unter Berücksichtigung der Standpunkte der einzelnen Mitglieder des Klimabeirates möglich wird. Ebenso soll der Antrag wie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates vorgesehen im AUT vorberaten werden. Der Antrag muss nach Möglichkeit Tagesordnungspunkt in der Gemeinderatsitzung im Januar 2021 sein, um so früh wie möglich im Jahr 2021 wirksam umgesetzt werden zu können.

<u>Begründung:</u>
Der menschengemachte Klimawandel ist Realität. So, wie die Menschheit mit ihren Entscheidungsstrukturen in der Lage war und ist, auf die Pandemiebedrohung durch COVID-19 mit entschlossenen und wirksamen Maßnahmen zu reagieren, müssen in Bezug auf die Bedrohung der gesamten menschlichen Zivilisation und des Ökosystems der Erde durch den

Klimawandel auch hier adäquate Maßnahmen ergriffen werden. Anzustreben sind konsequente aber gleichzeitig sozial und ökonomisch verträgliche Schritte, bei denen die Bürgerschaft aktiv einbezogen und mitgenommen wird.

Die durch die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) angeregte Ausrufung des Klimanotstands durch den Gemeinderat der Stadt Lörrach im Oktober 2019 dient dazu „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.“ Um zu gewährleisten, dass die Verabschiedung des Klimanotstandes kein reiner Symbolakt bleibt, müssen weitergehende konkrete und in ihrer Wirkung überprüfbare Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden. Durch Annahme des Antrages wäre ein großer Schritt der Stadt hin zu solchen weitergehenden Maßnahmen gemacht.

Kurzbeschreibung des Projekts:
Der Schwerpunkt des CO_2COMPASS-Programms liegt auf Information, Beratung, Unterstützung und Freiwilligkeit.

Es handelt sich beim CO_2COMPASS um ein Klimaschutzprojekt, in dem Bürger*innen, Unternehmer*innen (u. a. auch Vermieter*innen), ja die ganze Stadt sich beteiligen können und sollen. In jeder teilnehmenden Kommune können alle Bürger*innen, die dies wünschen, ihren CO_2-Fußabdruck mit der CO_2COMPASS-App erfassen. Dadurch ist es diesen freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern möglich, konkret, nachvollziehbar und messbar nachhaltige Verhaltensänderungen und Investitionsmaßnahmen zu identifizieren und zu bewirken. Der eigene CO_2-Fußabdruck kann so zielscharf vermindert werden, weil die Bürgerschaft durch die App erkennt, wo der Hebel anzusetzen ist und viele sich beim Klimaschutz-Mitmachplan beteiligen. Stimulierend wirkt, dass die Teilnehmenden die gesamte Wirkung aller Teilnehmenden sehen und sich auch mit den Werten anderer teilnehmenden Kommunen vergleichen können. Dies kann ein wichtiger Beitrag für teilnehmende Kommunen sein, bis zum Jahr 2035 insbesondere in den kommunalen Handlungsfeldern Wärme, Strom und Mobilität CO_2-neutral sein.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion der GRÜNEN
Thomas Hengelage / Margarete Kurfeß

Für die SPD Fraktion
Christiane Cyperrek / Hubert Bernnat

Für die Piraten/Linke
Sabine Schumacher